

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 28—42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

### Gewaltige Opfer!

Die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands hat zum vierten Male seit Kriegsbeginn, am 31. Juli 1915, eine Erhebung über den Bestand und die Leistungen der angeschlossenen Organisationen veranstaltet. Diese Erhebung hat abermals ergeben, daß unsere Gewerkschaften zwar sehr stark von dem Krieg in Mitleidenchaft gezogen sind, ihr Gefüge aber fest und gesund ist. Wohl haben die unerbörten Kriegsstürme mächtig an dem Organisationsgebäude gerüttelt, sind große, tiefschmerzliche Verluste zu beklagen, deren Ueberreste nun in der Mutter Erde ruhen, aber sämtliche Organisationen sind erhalten geblieben! Die Gewerkschaftsleiter können sogar berichten, daß bis zum 31. Juli wieder 248 887 neue Mitglieder aufgenommen wurden!

Am Ende des 2. Vierteljahres 1914 zählten die 48 Zentralgewerkschaften 2510 585 Mitglieder. Die Einberufungen zum Heere und zur Marine rissen schon im August 1914 ungeheure Lücken in dem Mitgliederbestande. Weit über eine halbe Million Mitglieder sind infolge dessen aus, soweit dies in der überaus ersten Zeit festzustellen war. Sicher sind viele Zehntausende damals, ohne sich von ihrer Gewerkschaft abzumelden oder auch abmelden zu können, Hals über Kopf abgereist, hin zu ihren in anderen Landesteilen wohnenden Familien oder in das Ausland, oder sie mußten schleunigst aus den von feindlichen Eindrüchen bedrohten Grenzbezirken flüchten. Sind doch dort dadurch eine große Anzahl gewerkschaftlicher Ortsgruppen, auch vom Bergarbeiterverband eine Reihe von Zahlstellen in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien, gänzlich eingegangen. Zehntausende Gewerkschaftsmitglieder konnten mithin nicht kontrolliert werden, ob sie noch im Lande geblieben sind, ob sie zum Heere einberufen wurden oder was sonst. Dieser große Abgang muß einstweilen als Verlust gebucht werden. Außerdem die vielen Tausende, welche infolge langer Arbeitslosigkeit die Beitragszahlung einstellen. Am 31. Juli zählten die 48 Zentralverbände ohne die zu Kriegsdiensten einberufenen noch 1180 489 Mitglieder in 10 276 Zweigvereinen.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren aber schon, ohne die Unabgemeldeten, 1 061 404 freie Gewerkschaftler als zu Kriegsdiensten einberufen gemeldet! Also weit über eine Million Gewerkschaftler sind nachweislich in die Armeen und die Marine eingereiht. Für sich allein schon eine gewaltige Armee, und sicher nicht die schlechtesten Soldaten.

Von unserem Bergarbeiterverband allein standen am 31. Juli 1915 schon 36 105 Mitglieder unter Waffen (33,3 Prozent der Gesamtmitgliedschaft), ohne die sicher noch mehreren Tausenden zählende Schar der Verbandsmitglieder, die ihre Einberufung nicht meldeten bzw. nicht melden konnten. Wie viele von den Unrigen schon auf den Schlachtfeldern und in den Lazaretten gestorben sind, können wir natürlich zurzeit noch nicht annähernd genau feststellen. Nach den bisherigen Meldungen bei unserer Verbandszentrale sind bereits 2300 Verbandsmitglieder gefallen! Ehre dem Andenken dieser Opfer des furchtbaren Weltkrieges. Sind sie doch auch für uns gestorben in der Verteidigung des heimatischen Bodens gegen die äußersten Schrecknisse des Krieges. Verbinden wir mit dem Ausdruck des Dankes und der Ehrung für die Gefallenen aber auch den sehnlichen Wunsch, es möchte das unerhörte blutige Ringen recht bald zu Ende sein, damit die gewaltigen Zahlen der Witwen, der väterlosen Waisen und der ihrer Hoffnung beraubten Eltern nicht noch riesiger anschwellen. Daß dieser Wunsch nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die mit und gegen uns kämpfenden Völker befeuert, kann keinem Zweifel unterliegen.

Zu den gewaltigen Opfern an Blut, die auch aus den Reihen der freien Gewerkschaften schon gebracht sind, kommen die von diesen gebrachten ungeheuren materiellen Opfer.

Vom 3. August 1914 bis zum 31. Juli 1915 sind von den 48 freigewerkschaftlichen Zentralverbänden gezahlt worden an:

Arbeitslosenunterstützung	21 578 506 Mk.
Unterstützung an die Kriegerfamilien	10 421 584 "
Unterstützungen aller Art	36 724 161 "

Fast 36 1/2 Millionen Mark ausgezahlt in dem ersten Kriegsjahr!!! Aufgewandt für notleidende Gewerkschaftsmitglieder und für die Familien der kriegsdiensttuenden Gewerkschaftskollegen! Ist das nicht eine gewaltige Leistung kameradschaftlicher Solidarität? Viel, viel mehr könnte noch geleistet werden, wenn nicht leider allzuvielen Arbeitsbrüder sich noch immer abseits von ihrer Berufsorganisation hielten. Wir fordern diese noch abseits Stehenden dringlichst auf, doch nun endlich das unmännliche Schwanken aufzugeben und sich in Reih und Glied zu stellen mit den Verbändlern. Laßt die verlegenen Ausreden, gewartet habt ihr lange genug, schon viel zu lange. Zeigt euch doch als Männer!

Was haben jene, die den Gewerkschaften nicht das Leben gönnten, jene, die behaupteten, die Zertrümmerung der Gewerkschaften sei eine „nationale Notwendigkeit“, zu dieser grandiosen Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit der Gewerkschaften nun zu sagen? Welche Leistung kann dieser auch nur halbwegs ebenbürtig zur Seite gestellt werden?

Unser Bergarbeiterverband allein hat schon über 1 Million, genau 1 044 070 Mark an Arbeitslose, an Kriegerfamilien und an andere unterstützungsberechtigte Mitglieder ausgezahlt! Dazu kommen — auch bei den anderen freien Gewerkschaften — die noch nicht festgestellten aber auch großen Summen aus Volksschaften und freiwilligen Sammlungen für kriegsdiensttuende Kameraden und deren Familien, die besonderen Spenden unserer Knappschaftskassen, die Abgaben der Gewerkschaftsangehörigen (bis zu 25 Prozent ihres Gehalts) usw. Kann nun von der Seite, die unserem Verband die „Eristenzberechtigung“ abspricht, Gleichwertiges an Opfern nachgewiesen werden? Stärkt den Verband, dann ist er noch leistungsfähiger.

Wird die im Dienst der Allgemeinheit ausgeübte opfervolle Tätigkeit der Gewerkschaften auch an den Stellen nachhaltige Anerkennung finden, von deren Entscheidung nicht zuletzt die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse nach dem Kriege abhängt? Daß es einflußreiche Faktoren gibt, die „alles beim Alten“ lassen wollen, wissen wir auch ohne Kenntnis der seit hin wieder bestig einsetzenden Scharwaderereien solcher Organe wie die „Arbeitsbeziehung“. Das wissen wir auch, ohne daß uns der gelbe „Wertverein“, übrigens unter merkwürdiger Ignorierung gewisser, auch diesem Blatte bekannter Mahnungen von zuständiger Seite, erst nun nochmals zu sagen braucht, wir seien „hasserregend“, ein „Streikverein“. Diesem Blatte halten wir nur entgegen, was am 2. Sept. 1914 selbst die rechtsnationalistische „Dortmunder Zeitung“ über die „Streikgewerkschaften“ schrieb, nämlich:

„Gegen unsere Arbeiterorganisationen gab es so manchen Widerstand und Groß. Sie mögen auch ihre Fehler gemacht haben. Aber wenn sie ihren Mitgliedern den Sinn für Freiheit und Menschenwürde, den grimmigen Haß gegen zarischen Despotismus an-erzogen, ist das nicht auch eine ungeheure wichtige Kraft in unserem jetzigen gewaltigen Kampfe? Kommt nicht eben daher in Hunderttausende unserer Soldaten ein Kampfesmut und ein Opfermut besonderer Art? Und für die Unterstützung der Hinterbliebenen in Arbeiterkreisen, wie wertvoll ist da die praktische Mitarbeit der Organisationen! Wie viel schwerer wäre es ohne die Gewerkschaften, die rechten Wege und Mittel zu finden!“

So ist es, und diesen Kampfesmut und Opfermut wollen wir in der Arbeiterschaft erhalten durch die Gewerkschaften. Mit Müdigkeit und bänglicher Rechnungsträgerei kann kein großes Werk vollendet werden. Ein Volk von Sklaven wird sich in der Welt nicht behaupten können.

„Die Gewerkschaften haben ihre volkswirtschaftliche Unentbehrlichkeit bewiesen“, erklärte im Reichstag der stellvertretende Reichskanzler, daß aus dieser Erkenntnis die entsprechenden Konsequenzen nun überall gezogen werden, das fordern die Gewerkschaften als Gegenleistung für ihre gewaltigen Opfer.

zweifeln. So könne der Lippenkrebs dadurch hervorgerufen werden, daß der Erkrankte immer die Tabakspfeife in demselben Mundwinkel hängen hatte und so Entzündung und Krebs hervorgerufen würde. Bei Tabakkauern entzündete sich die Schleimhaut und begünstigte Krebsbildung. Im Jahre 1904 seien bei fünf Oberbergämtern Anfragen über die Krebskrankheit unter den Bergarbeitern gestellt worden. Im Oberbergamtsbezirk Bonn seien auf 10 000 Bergarbeiter 4,10 Prozent Krebsranke gekommen. Von Norwegen habe man im Jahre 1908 gehört, daß über Lage Beschäftigte mehr vom Krebs heimgeführt würden, als die eigentlichen Bergarbeiter.

Im Jahre 1903 kamen auf 10 000 Arbeiter im Alter unter 30 Jahren 0,04 Krebsranke, mit 40 Jahren 0,47, mit 50 Jahren 2,55, mit 60 Jahren 6,64 Prozent. 1913 wurden 5,39 Prozent gezählt. Besonders müsse darauf hingewiesen werden, daß der Genuß von Branntwein auf Zellen und Schleimhaut einwirke und Wucherungen sowie Erkrankungen hervorbringe. So seien in Bayern Brenner und Küfer ein Drittel mehr der Krebskrankheit ausgesetzt gewesen, als Angehörige anderer Berufe. Auch in Zigarettenfabriken sowie bei Teerölbereitung seien die Arbeiter zu Krebskrankheiten disponiert; so seien die Warzenbildungen (Teerkrähe) als Krebs zu betrachten.

Mahnahmen zur Bekämpfung des Krebses seien: die Entziehung des Staubes müsse bekämpft werden. Eine sorgfältige Hautpflege sei anzuraten. Besonders müsse auf das Anlegen von Unterkleidern gesehen werden, um so Hautschuern und Sodensackkrebs zu verhindern. Auch reichliche Badegelegenheit helfe mit, die Entstehung dieser Krankheit zu verhindern.

Herr Stadtbaurat Spiller-Tarnowitz hielt ein Referat über die Krankenhausbaukosten unter besonderer Berücksichtigung der Knappschaftslazarette. Er stützte seinen Vortrag mit Hinweisen auf Baupläne, die zur Schau im Veranlagungslokal ausgestellt waren. Er sprach einer Vereinfachung im Krankenhausbau das Wort, worauf auch schon der Minister des Innern hingewiesen habe. Bei dem heutigen Bau der Krankenhäuser komme ein Bett auf 3000 bis 15 000 Mk. zu stehen. In Oberschlesien müsse auf ein Bett durchschnittlich 4000—4500 Mk. gerechnet werden, in Scharley a. B. 3800 Mk. Es ließen sich hohe Beiträge sparen, wenn die reiche Ausstattung von Tisch und Stühlen verschwinde; habe er in Krankenhäusern doch schon reich eingelegte Möbel gesehen, deren Zubehör ein minimaler gewesen sei. Durch Errichtung von Sälen und nicht zu vielen Einzelzimmern könne auch der Bau ein billiger werden. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß durch Einziehung von Praktikern bei Ausarbeitung der Pläne hohe Beträge zu sparen seien.

Die Bedeutung eines Instituts zur Erforschung der Gewerbe- und Unfallkrankheiten für die Industrie schilderte Professor Schröder-Dortmund. Wohl bestehe schon ein pathologisches Institut in Gelsenkirchen, doch stelle dieses die Erreger der Krankheiten fest, es fehle also ein Institut, das bei schon bestehenden Krankheiten wie die der Haut usw. die Art der Erkrankung feststelle und dadurch zur schnellen Heilung beitrage. Die Aufgabe des Instituts sei: 1. Leichenöffnung und Obduktion; 2. mikroskopische Untersuchungen in Zweifelsfällen; 3. Tierexperimente.

Redner erklärt, daß manche Personen besonders empfänglich für Aufnahme des elektrischen Stromes seien. Durch Experimente an Meerichweichen müsse nun versucht werden, die Ursache dieser Empfänglichkeit festzustellen, um Personen, die leicht Unfällen durch Elektrizität ausgesetzt sind, von solchen Betrieben fernzuhalten.

Seine Ausführungen überzeugten sicher die Teilnehmer der Generalversammlung von der Notwendigkeit des Dortmunder Instituts. Befremdend waren für den Laien die Ausführungen des Referenten über das Vorkommen der Anplunge; danach sollen im Schwarzwald, wo sich Herr Professor Schröder früher befand, mehr Leute durch Ruheinatmung erkranken und zwar habe er durch Untersuchungen festgestellt, daß im Schwarzwald 35 Prozent gegen 10 Prozent Tuberkulose im Ruhrgebiet seien. Referent erklärte sich das dadurch, daß im Ruhrgebiet bessere Wohnungsverhältnisse, kurz und gut, auf sanitärem und hygienischem Gebiete besser vorgelegt sei.

Herr Justizrat Wilde-Tarnowitz sprach über Förderung des Knappschaftswesens in Preußen durch Zusammenlegung von Pensionskassen. Er wies auf den Erlaß des Handelsministers vom 6. Mai d. J. hin, in dem auf die Gefahren, die den Knappschaftsvereinen durch die finanzielle Belastung, welche der Krieg hervorbringt, drohen, aufmerksam gemacht wird. Die Ansicht des Referenten geht dahin, daß die vom Handelsministerium beauftragte Zusammenlegung von Knappschaftsvereinen, die keine 10 000 Mitglieder haben, mit größeren Vereinen, noch nicht genüge, sondern daß ein Garantieverband, dem alle preussischen Vereine anzuschließen seien, gegründet werden müsse. Dieser Verband müsse einen ausreichenden Beitrag erheben und alle Verpflichtungen übernehmen. Er betont, daß bei der Hälfte der preussischen Knappschaftsvereine das Deckungsverfahren noch nicht durchgeführt sei. Auch die Aufsichtsbehörden könnten keine Sanierung herbeiführen, da sie nur Einblick und Machtbefugnis in ihrem Oberbergamt hätten, hier müsse der Allg. Deutsche Knappschaftsverband eingreifen. Im Garantieverband müßten leistungsfähige Vereine mit für schwache eintreten und müsse natürlich verlangt werden, daß möglichst große Vereine gebildet würden. Der Garantieverband habe die Auszahlung der Invalidenpensionen in vollem Umfange zu übernehmen. Große Erparnisse könnten durch Vereinfachung der Geschäftsführung gemacht werden. Wenn die Generalversammlung sich mit seinen Ausführungen einverstanden erkläre, wäre es dann an der Zeit, Vorbereitungen zu treffen, und zwar sei der Kapitalwert der Kassen zu berechnen. Ferner wie die Vermögensverhältnisse der verschiedenen Knappschaftsvereine müssen auch die einschlägigen Bergbauverhältnisse berücksichtigt werden. Bei Gründung des Garantieverbandes sei ein Fonds anzulegen, um leistungsschwachen Vereinen helfen zu können. Es liege im Interesse der einzelnen Knappschaftsvereine, sich der Gründung des Garantieverbandes geneigt zu zeigen, da sonst durch Gesetz Maßregeln ergriffen würden. Die Öffentlichkeit habe sich, durch Artikel in den

### Generalversammlung des Allgem. deutschen Knappschaftsverbandes.

Aus München wird uns geschrieben:

Am 28. September 1915 tagte die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverbandes in München. Herr Geheimrat Dr. jur. Weidtmann eröffnete die Generalversammlung, zu der als Gäste Regierungsvertreter verschiedener Bundesstaaten erschienen waren. Herr Weidtmann führte aus, daß von den dem Knappschaftsverband angeschlossenen Vereinen 300 000 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen seien. Er sprach im Namen der Generalversammlung allen, die fern von ihrer Familie Gut und Blut einsetzen zur Verteidigung des Deutschen Reiches, den besten Dank aus. Die im Felde Gebliebenen wurden durch Erheben von den Sitzen geehrt. Herr Weidtmann machte sodann der Generalversammlung Mitteilung von dem Einkauf der Eingabe der vier Bergarbeiterverbände betreffend Reform des Knappschaftswesens. Eine Kommission von 28 Mitgliedern, die aus Berufs- und Arbeitervertretern sowie aus einer vom ständigen Ausschuß gebildeten Kommission besteht, soll das die Vereinheitlichung des Knappschaftswesens betreffende Material, wie die Eingabe der Verbände, die Denkschrift der Herren Direktoren Heimann und Zimmermann usw. mit als Material benutzen und positive Vorschläge machen; durch die Besserung auf knappschaftlichem Gebiete zu erreichen ist.

Herr Verwaltungsdirektor Simons berichtete sodann über die Wirksamkeit des Vorstandes im abgelaufenen Geschäftsjahr. Aus seinem Bericht ging hervor, daß nur noch 12 Vereine mit 8000 Mitgliedern dem Allg. Knappschaftsverband nicht angeschlossenen sind. Er wies unter anderem darauf hin, daß die soziale Versicherung dazu beitrage, den Arbeiter vor zu frühzeitigem Dahinwelken zu bewahren und stütze seine Ausführungen durch folgende Zahlen: Es betrug das durchschnittliche Alter der Knappschaftsinvaliden im Jahre 1879: 49 Jahre, 1913: 55 1/2 Jahre; die durchschnittliche Dienstzeit 1879: 23 Jahre, 1913: 30 Jahre; die durchschnittliche Pensionsbezugszeit 1879: 8,3 Jahre, 1913: 9,3 Jahre. Öffentlich kann in den nächsten Jahren über ein weiteres Steigen des Lebensalters berichtet werden, zugleich aber auch, daß endlich der Forderung der Bergarbeiter Genüge geschieht, nämlich, daß sie nach 25 Dienstjahren ihre Pension verlangen können.

Der Bericht des Rechnungsausschusses ergab, daß der Knappschaftsverband über einen Bestand von 29 728,52 Mk. Ende 1914 verfügte und wurde dem Rechnungsführer Entlastung erteilt. Die Mitglieder des Rechnungsausschusses wurden wiedergewählt, sowie die Mitglieder des ständigen Ausschusses, die Stelle des im Felde befindlichen Ersahmannes Simons wurde freigelassen und an Stelle des Herrn Köhne Herr Heimann, der provisorisch eingetreten war, bestatigt.

Herr Geheimrat Sanitätsrat Dr. Lindemann referierte sodann über Krebskrankungen der Bergarbeiter. Nach seinen Ausführungen tritt der Krebs gewöhnlich im höheren Lebensalter ein. Die weit verbreitete Ansicht, daß Krebs durch Ansteckung oder Vererbung hervorgerufen werde, müsse er be-

Zeitung angeregt, stark mit der Knappschaffsfrage beschäftigt, auch zeige die vorliegende Eingabe der vier Bergarbeiterverbände, daß schon auf gesetzliche Regelung hingedacht wurde. Er halte es aber für besser, die Knappschaffsvereine lüchten sich selbst zu vereinigen und zu helfen. Sei es doch im Königreich Sachsen im Jahre 1891 möglich gewesen, 81 Pensionskassen mit 34 000 Mitgliedern zu einer Pensionskasse zu verschmelzen. Die Vereine, welche nicht genügend Vermögen besaßen, mußten Zuschläge zu den Beiträgen einführen und zwar in solcher Höhe, daß in 25 Jahren die Rechte der Mitglieder als gesichert gelten konnten. War Gefahr vorhanden, daß im Bereiche eines der angeschlossenen Vereine der Bergbau früher zum Erliegen komme, wurden die Zuschläge erhöht. Auch die Wanderarbeiter machten den Pensionskassen große Arbeit. So seien bei dem Oberstl. Knappschaffsverein vom Pleßschen K. V. im Jahre 1914 an Wanderarbeitern 298 überwiefen und 1229 übernommen worden. Von 43 berichtenden Knappschaffsvereinen seien im Jahre 1918 an Übernommenen 28 805, an Ueberwiefenen 80 409 gezählt worden. Erst müsse Verschmelzung der verschiedenen Vereine eintreten, dann sei ein Garantieverband zu gründen; leicht sei es nicht, da die Beitragshöhe in der Pensionskasse eine sehr verschiedene sei, sie schwanke zwischen 1,20 bis 10,88 Mark im Monat. Doch sei dies kein Hindernis, denn durch Einführung verschiedener Klassen seien die Schwierigkeiten zu heben, beständen doch im Clausenthaler Knappschaffsverein 18 Klassen. Der Referent ging in seinem Vortrag des längeren auf die Vermögensverhältnisse der verschiedenen Vereine, sowie den Erlaß des Ministers ein, doch bieten diese Ausführungen den Lesern der „Bergarbeiter-Zeitung“ nichts neues, da die Knappschaffsartikel in den letzten Nummern all dies und noch mehr berichteten.

Von Interesse ist noch, daß der Referent seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß bei Gründung eines Reichs-Knappschaffsvereins die Mitglieder des Bochumer Knappschaffsvereins Schaden erleiden würden. Der Vorstandskassier F. U. g. e. s. l. u. melbete sich hierauf zum Wort und erklärte, daß durch Einführung von Klassen dafür gesorgt werden könne, daß auch den Mitgliedern dieses Vereins ihre Rechte erhalten würden; die gesamte organisierte Bergarbeiterchaft wüßte die Verschmelzung der bestehenden Vereine zu einem Reichs-Knappschaffsverein und verdiente sich die Generalversammlung den Dank der Bergarbeiter, wenn sie der Eingabe der vier Verbände entgegenkomme. Die zu bildende 23gliedrige Arbeitskommission könne sich mit den Einzelfragen beschäftigen.

Folgende Resolution fand soeben Annahme:  
 „Die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Knappschaffsverbandes ist einig, daß die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um bei allen Knappschaffsvereinen die dauernde Erfüllung der Pensionskassenleistungen zu ermöglichen. Sie hält daher weitere Maßnahmen zur Gesundung der Vereine für erforderlich und erblidet eine solche auch in der hergegehlichen Vorgehensweise und mit Nachdruck anzustrebenden Zusammenlegung von Vereinen.“  
 Unsere Stellungnahme zu dieser Frage wurde durch die Ausführungen auf der Generalversammlung erst recht gefestigt und ist zu wünschen, daß die eingesezte Arbeitskommission nach Sichtung des ihr vorliegenden Materials zu der Ueberzeugung gelangt, die nach der Ansicht der vier Bergarbeiterverbände die einzig richtige ist: Verschmelzung aller Knappschaffsvereine Deutschlands zu einem Reichs-Knappschaffsverein.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Die dritte deutsche Kriegsanleihe

hat ein Ergebnis gehabt, das alle Erwartungen übersteigt und so recht zeigt, welcher Reichtum sich in Deutschland angesammelt hat. In welcher Weise sich die Zeichnungen auf die verschiedenen Arten von Anleihestellen verteilen, ergibt sich aus der nachstehenden Uebersicht, die zum Vergleich die Ergebnisse der ersten und zweiten Kriegsanleihe heranzieht. Es wurden geschätzt auf die

	dritte Kriegsanleihe Mll. M.	zweite Kriegsanleihe Mll. M.	erste Kriegsanleihe Mll. M.
bei der Reichsbank . . . . .	589	585	479
von den Banken und Bankiers . . . . .	7 876	5 864	2 895
von den Sparkassen . . . . .	2 592	1 978	883
von den Lebens-Versicherungsge- sellschaften . . . . .	417	354	203
von den Kreditgenossenschaften . . . . .	680	358	—
von den Postanstalten . . . . .	167	112	—
<b>Zusammen</b> 12 101		9 081	4 460

Die Feldzeichnungen sind in dieser Uebersicht nicht enthalten. Bedenkt man angesichts dieser Anleihehöhen, wie oft im Reichstag um vergleichsweise winzige Summen zum Besten der Sozialgesetzgebung gefächelt, wie oft sie mit der Behauptung, „unerträgliche Belastungen“ herbeizuführen, abgelehnt wurden, dann kann man sich

eines bitteren Gefühls nicht erwehren. Wir denken aber auch daran, daß der große Erfolg der dritten deutschen Kriegsanleihe im feindlichen Ausland die Ueberzeugung von der Unbesiegbarkeit Deutschlands auch auf wirtschaftlichem Gebiete verstärken und verbreiten muß. Dies aber kann gar nicht anders als zur Abklärung des entscheidend blutigen Ringens beitragen. In diesem Sinne begrüßen wir als Friedensfreunde den Erfolg der Kriegsanleihe als einen großen Sieg, der ohne Blutvergießen erreicht wurde und der uns den Frieden rascher näher bringen muß als eine blutige Selbstschlacht.

### Verstaatlichung der Rüstungsindustrie

fordert H. von Gerlach in der „Welt am Montag“. Er geht aus von einer Forderung der Deutsch-Amerikaner, die amerikanische Industrie zu verstaatlichen, um auf diese Weise die Waffen- und Munitionsausfuhr wirksam unterbinden zu können. Diese Forderung stimmt von Gerlach zu und meint:

„An dem Augenblick, wo die Rüstungsindustrie verstaatlicht wird, hört die Waffen- und Munitionsausfuhr ganz von selber auf. Nicht bloß im Kriege, sondern auch im Frieden. Es ist ein unendbares Übel, daß Staatsfabriken dazu benützt werden sollten, um andere, vielleicht später einmal feindliche Staaten mit Kriegsmaterial zu versorgen. Es wäre lebhaft ein selbstverständlicher formaler Akt, wenn im Haag gleichzeitig mit der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie das Verbot jeglicher Waffen- und Munitionsausfuhr festgelegt würde.“

Der heutige Zustand, wonach Geschütze und Gewehre, Patronen und Torpedos nicht anders angesehen werden, als irgend ein Artikel aus dem Baumwoll- oder Seidenhandel, ist ein großer Unfug. Es ist doch geradezu widersinnig, daß wir in diesem Kriege, wie in so vielen früheren, erleben müssen, daß die Soldaten einer Nation aus den Geschützen getötet werden, die die Fabrikanten derselben Nation in Friedenszeiten dem damals „neutralen“ oder gar „freundlichen“ Staate geliefert haben, der sich jetzt unter die Feinde rangiert hat.

Ein gefährlicher Unfug! Wo es Rüstungsfabriken gibt, gibt es auch ein privatrechtliches Interesse an möglichst hohen Einnahmen dieser Fabriken. Je mehr sich die Völker untereinander verständigen und dementsprechend ihre Rüstungen herabschaffen, um so tiefer sinken die Aktien der Rüstungsfabriken.

Die Rüstungsfabrikanten müssen wünschen, daß der Friedenszustand eigentlich nur ein latenter Kriegszustand sei. Sie können das Vorbringen der Völkerrechtsabwägungsidee ebensowenig gutheißen, wie etwa die Brenner und Brauer für den Sieg der Abstammungsbewegung beten werden. Sie haben ein größeres Interesse an der Völkerberuhigung, als an der Völkerverdrängung.

In verschiedenen Ländern haben die Rüstungsfabrikanten sich einen Teil der Presse untertänig gemacht. Sie gründen Zeitungen oder subventionieren sie, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu bearbeiten. Natürlich sind die Zusammenhänge nicht offenkundig, meist sogar sehr schwer nachweisbar. Aber sie bestehen, obwohl die große Masse des Publikums davon nichts ahnt. Gutgläubig nimmt der Durchschnittsleser die aufreizenden Artikel als Ideenverkörperung entgegen, wo es sich doch im Grunde nur um Interessen- und Profitverbreitung handelt.

Die private Rüstungsindustrie ist ein Element der ständigen Gefährdung des Friedens. Die Presse der privaten Rüstungsindustrie ist ein Element der öffentlichen Unmoral.

Beides wird mit einem Schlage beseitigt durch die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. . . .

Wir stimmen den Ausführungen des demokratischen Politikers vom ersten bis zum letzten Worte zu.

### Budgets von Kriegerfrauen.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Reihe Budgets von Kriegerfrauen, von denen wir folgende zwei wiedergeben wollen:

Frau A. N., Kistler Straße: Die Frau ist Kriegerfrau und hat ein Kind von fünf Monaten, das sie selbst nährt. Der Mann war Dampfer in einer Mühlenfabrik und verdiente in Friedenszeiten 27 Mark wöchentlich, ein Verdienst, der durch die Mißhilfe der Frau als Mülhennäherin auf durchschnittlich 40 Mark gesunken wurde. Jetzt stellen sich die monatlichen Einnahmen der Frau wie folgt:

Staatliche und Gemeindeunterstützung . . . . .	96,— M.
Mietunterstützung . . . . .	15,— „
Beitrag der Säuglingsfürsorge (täglich 15 Pf.) . . . . .	4,50 „
<b>Zusammen</b> 55,50 M.	

Von dieser Monatseinnahme von 55,50 M. müssen folgende monatliche Ausgaben bestritten werden:

Miete (ein Zimmer und Küche) . . . . .	20,— M.
Milch (1 1/2 Liter täglich) . . . . .	13,50 „
Brot (2 Kilogramm wöchentlich) . . . . .	3,20 „
<b>Zusammen</b> 36,70 M.	

Es bleiben somit für den übrigen Lebensunterhalt nur 18,80 M. pro Monat oder 60 Pf. täglich über. Davon geht noch etwa 1,50 M. für Seife zum Waschen der Kinderwäsche ab. Man wird es also verstehen, daß die Frau erklärt, sie könne zum Mittagessen nur ein wenig Gemüse, Kartoffeln mit Schmalz kochen. Der Wietzins beträgt monatlich 26 M., davon hat der Hauswirt 6 Mark monatlich nachgelassen. Sobald die Frau wieder ihre vollen Kräfte zurückgewonnen hat — sie ist von der Geburt und von der Pflege ihres Kindes noch

geschwächt —, wird sie ihre Beschäftigung als Mülhennäherin wieder aufnehmen und sich dann wirtschaftlich besser stellen. Der Wietzins nimmt in diesem Falle 85 Prozent des Gesamteinkommens in Anspruch.

Frau A. D., Goethestraße. Kriegswitwe mit einem Kind im Alter von drei Jahren. Der Mann war Staffier bei einer Depotkassette mit einem Jahreseinkommen von 3000 M. Er ist als Offiziersstellvertreter ins Feld gezogen und bei Digmüden gefallen.

Einnahmen:	Monatlich:
Staatliche Pension der Witwe . . . . .	50,— M.
Für das Kind . . . . .	14,— „
<b>Zusammen</b> 64,— M.	

Ausgaben:	Monatlich:
Wietzins für ein möbliertes Zimmer . . . . .	20,— M.
Milch (1/2 Liter täglich) . . . . .	6,30 „
Brot (2 Kilogramm wöchentlich) . . . . .	3,20 „
Gemüse (durchschnittlich 30 Pf. täglich) . . . . .	9,— „
Kartoffeln (30 Pfund monatlich) . . . . .	1,50 „
Fett und Butter . . . . .	4,— „
Fleisch (1/2 Kilo wöchentlich) . . . . .	3,20 „
Seife zur Wäsche . . . . .	1,20 „
Beleuchtung, Heizung . . . . .	4,— „
Mehl, Mandarin, Hülsenfrüchte . . . . .	0,— „
Kaffee, Zucker . . . . .	2,50 „
<b>Zusammen</b> 63,90 M.	

Die Frau erklärt: „Wenn ich ganz sparsam lebe, wöchentlich nur einmal Fleisch genieße und im übrigen von Gemüse und Kartoffeln lebe, kann ich knapp auskommen. Dann bleibt aber nichts für Kleider, Nadeln und dergleichen zum Ausbessern der Kleider. Für das Kind lade ich meistens einen Montanin-Bubbing, den es sehr gerne isst. Seit einigen Tagen bin ich beim Vaterländischen Frauenverein provisorisch angeheilt mit einem Monatsgehalt von 50 M. Damit werde ich mein Leben wesentlich besser einrichten können.“ Die Wohnung, ein einzelnes möbliertes Zimmer, nimmt in diesem Fall 30 Prozent in Anspruch. Der Lebensunterhalt, denkbar einfach gehalten, erfordert den Rest.

In diesen Tatsachen kann man den Frevel erkennen, der darin liegt, daß man den Kriegerfrauen unterstellt, sie führen ein Schlemmerleben oder auch nur ein sorgloses Dasein.

### Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

#### Volle Friedenslohnung in den Lazareten.

Das „Armed-Verordnungsblatt“ veröffentlicht nunmehr die Maßnahme, die eine dem Wunsche des Reichstages entsprechende Erhöhung der Lazarettlohnung bringt. Der abgeänderte § 21.1 der Kriegsbefolgungsbekanntmachung lautet jetzt:

„Den in das Lazarett aufgenommenen Mannschaften verbleibt die für das laufende Monatsdrittel bereits gezahlte Lohnung. Jeder Lazarettkranke, der sich am 1., 11. und 21. des Monats in einem Militär-, Marine- oder Vereinslazarett irgend einer Art, in einer lazarettähnlichen Einrichtung, wie z. B. Lazarett- (auch Hilfs-lazarett-) zug oder -stift, Genesungsheim, Kuranstalt usw. befindet, erhält ohne Rücksicht auf die Dauer seines weiteren Verbleibens daselbst die für immobile Formationen vorgeordnete Kriegslohnung für ein volles Monatsdrittel. — Im Anbange der Kriegsbefolgungsbekanntmachung ändert sich: An Stelle der bisherigen Krankenzuschüsse (Anlage 2) ist zu setzen bei Zugführer 10 M., Zugführerstellvertreter 16,50 M., Sektionsführer 11,20 M., Krankenpflegerinnen 9,50 M., Krankenpfleger usw. 5,80 M.“

Letztere Bestimmung bezieht sich auf das Personal der freiwilligen Krankenpflege. Die verwundeten oder kranken Soldaten erhalten also jetzt statt der bisherigen 10 Pf. pro Tag ihre volle Friedenslohnung.

#### Rückzahlung der Beiträge der Angestelltenversicherung.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte veröffentlicht nachstehende Bekanntmachung:

Nach der Bekanntmachung des Bundesrats vom 26. August 1911 werden die Zeiten, in denen Versicherte im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste gewistet haben, soweit sie in vollen Kalendermonaten bestehen, auf die Bezugszeiten und bei Berechnung der Versicherungsleistungen an Ruhezug und Hinterbliebenenrenten nach dem Versicherungsgeetze für Angestellte als Bezugszeiten angerechnet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen. Beiträge, die für die vorstehend bezeichneten durch die Militärpapiere nachzuweisenden Zeiten entrichtet worden sind, werden, soweit sie nicht bereits zurückerstattet sind, dem Arbeitgeber auf seinen Antrag ohne Zinsen zurückgezahlt; der Arbeitgeber hat dem Angestellten den von ihm eingezogenen Beitragsteil zu erstatten.

Mit Rücksicht auf die zu erwartende große Zahl von Rückzahlungsanträgen erucht das Direktorium der R. f. A. die in Frage kommenden Arbeitgeber in deren eigenstem Interesse um genaue Beachtung folgender Punkte:

1. Dem Antrag auf Rückzahlung der erwähnten Beiträge müssen unter allen Umständen die Militärpapiere aller Versicherten, für die die Beiträge zurückerlangt werden, beigelegt sein. Ohne den Militärpaß, aus dem sich auch die Dauer des Kriegsdienstes ergeben muß, kann keine Rückzahlung erfolgen.

### Tod in Wehren.

In Weizenfeld, im Korn und Mohr liegt ein Soldat, unaufgefunden, Zwei Tage schon, zwei Nächte schon, Mit schweren Wunden, unverbunden.

Durchüberquält und fieberwilt, In Todeskampf den Kopf erhoben. Ein letzter Traum, ein letztes Bild, Sein brechend Auge schlägt nach oben.

Die Sense rauscht im Weizenfeld, Er sieht sein Dorf im Arbeitsfrieden, Wie, ade du Heimatwelt — Und beugt das Haupt, und ist verschieden.

Verf. v. R. H. H. H. H.

### Amüße Menschen.

Unter diesem Titel veröffentlicht kürzlich die große russische Zeitung „Kugloje Silow“ („Ruffische Wort“) die folgende ergreifende Schilderung ihres Mitarbeiters Piotr Aghewski aus Ufa im Ural: Die Welle der Flüchtlinge hat ganz Rußland berührt, den Ural erreicht und rollt weiter durch Sibirien.

Ich weiß aus den Zeitungen, wie die Lage der Flüchtlinge in Moskau ist — schrecklich zu lesen — und doch muß ich sagen, daß ihr Leben in Moskau ein Paradies ist im Vergleich mit dem, was ich hier sehe, wo ich die Flüchtlinge unterwegs beobachte. In Moskau haben sie ein Dach, Brot und, was die Hauptsache ist, das Bewußtsein, daß jemand an sie denkt, für sie sorgt.

Und hier sieht es so aus: Auf dem Rangiergleise bei der Station Ufa, weit entfernt vom Bahnhof, sind zwei lange Züge mit Flüchtlingen. Der eine ist bereits gefüllt eingetroffen, der andere heute früh. Neben jedem Zuge sind Wagen, aber ungenutzte Wägen getrocknet. Daneben und unter den Eisenbahnwagen spielen und laufen die älteren Kinder herum. Im Innern der Wagen wiederholt sich jedes ein und dasselbe Bild. Gerimpel und Menschen sind zu einem Haufen zusammengedrängt. Diese Menschen sind alte Frauen, Kinder, Kranke und Leute, die unterwegs entkräftet zusammengewürfen sind. Dieses Gerimpel sind Hausgeräte, die oft unnötig sind. Man macht sie in aller Eile auf den Weg, erschreckt, und wie dies bei Feuerbrünsten der Fall ist, nahm man nicht das mit, was wichtiger ist, sondern das, was einem gerade unter die Hände kam. Die Leute sind in abgetragene, teils zerfetzte Kleider gehüllt. Es ist schon nicht mehr ein Bild der Armut, sondern das des Bettels. Ich gehe von einem Wagen zum andern und knüpfe Unterhaltungen an; nicht alle sprechen und verstehen russisch. Es sind viele Polen darunter, die nie ihr Land verlassen hatten. Auch Litauer, Weißrussen und Kleinrussen sind hier vertreten. Meines Küssich hört man hier überhaupt nicht.

Einige unterhalten sich in Sprachen, die man nie gehört. Ich richte an den einen eine Frage. Er schweigt. Sein Nachbar erklärt mir: „Er versteht die Fremden nicht.“ Welche Sprache spricht er denn? „Nur wohnlich und er sagt, daß hier ein ganzer Wagen aus Bohmien sei.“ Ich frage an ausfragend: „Wohin fährt ihr denn?“ Alle geben buchstäblich ein und dieselbe Antwort: „Wir haben keine Ahnung, wir fahren und fahren, aber wohin, weiß keiner.“ „Seid ihr schon lange unterwegs?“ „Wir fahren schon vier Wochen.“ „Und wir schon sechs.“ Der eine bemerkt: „Es ist uns natürlich einerlei, mögen sie uns fahren, wohin sie wollen. Immerhin, warum sagt man uns nicht, wohin es geht?“ Ein anderer unterbricht: „Es ist doch gesagt worden: nach Sibirien.“ Sibirien ist groß und warum nach Sibirien? Wirde ich es wissen, würde ich doch ruhiger sein.“ „Sie sollen fahren wohin sie wollen. Ueberall kommt man dem Tode näher.“ Ich frage weiter: „Habt ihr heute gegessen?“ Alle antworten zugleich: „Nichts haben wir gegessen, wir warten nur immer.“ Man hat uns versprochen, daß man uns täglich füttern werde.“ „Wenn man uns doch wenigstens etwas geben würde.“ „Wann habt ihr denn zum letzten Male gegessen?“ „In Samara.“

Von Samara bis Ufa schleicht der Flüchtlingzug mehr als 24 Stunden lang und hier steht er auch bereits seit mehreren Stunden. Infolge des Hungers, Schmutzes und der Enge begleiten sie auf ihrer Fahrt natürlich auch Krankheiten. Bei jedem Wagen stelle ich die Frage: „Sind Kranke vorhanden?“ und fast in jedem Wagen weist man mit einem nicht gleichgültigen aber müden Ausdruck auf Mitleidende. „Da.“ „Ist ein Arzt dagewesen?“ Die Frage wird verneint. „Was fehlt den Leuten denn, worüber klagen sie?“ „Meist Magenkrankheit, Gott weiß, was sie haben.“ Ich steige in einen Wagen und trete an die Kranken näher heran. Sie liegen da, gelb im Gesicht und winden sich in Schmerzen. Aus den an sie gerichteten Fragen werden auch die Symptome der Krankheit klar: Durchfall, Erbrechen und Krämpfe. Es ist klar, um welche Krankheit es sich handelt.

In dem einen Wagen liegt mitten im Gerümpel auf dem Fußboden eine Frau. Ihr Gesicht ist mit einem Rasen ausgedeckt. Es folgt eine kurze Unterhaltung. „Krank?“ „Tot!“ „Schon lange?“ „Seit früh.“ Ich sehe nach der Uhr. Die Uhr geht auf vier. Der Leidtragende ist bis jetzt noch nicht fortgeschritten, seine Desinfektion ist vorgenommen worden, wie denn überhaupt dieser Tod keinerlei Bewegung hervorgerufen hat. Die Frau war tags zuvor völlig gesund, ging herum, fütterte die Kinder, und ihre ganze Krankheit dauerte nur eine Nacht. „Ist noch jemand in diesem Zuge gestorben?“ „Viele; es paßt sie unterwegs und das Ende ist da.“

Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Bauern, doch sind auch Arbeiter darunter. Ich weiß, daß in jedem kriegsindustriellen Komitee ohne Unterlaß von dem Mangel an Arbeitskräften geredet wird und ich interessiere mich natürlich daher für die Frage, ob Vertreter dieser Komitees die Wege aufsuchen und die Flüchtlinge befragen, ob unter ihnen geeignete Kräfte vorhanden sind. Das wäre doch so einfach

und zweckmäßig. Weit gefehlt. Ja, einer der Flüchtlinge erzählt mir unter Tränen in den Augen: „Ich bin Weisser, ich kann arbeiten, bin Schlosser. Laßt mich nur fort von hier, ich werde überall Arbeit finden.“ „Wer hält euch denn?“ „Man läßt uns ja nicht frei.“ „Wie habe ich darum gebeten; es geht nicht, heißt es.“ „Und so führt und führt man uns wer weiß wohin.“ „Wir haben euch empfangen und müssen euch abliefern, heißt es.“

Ich schildere hier das, was ich auf der Station Ufa gesehen habe. Ich will keine Schlüsse ziehen — sie liegen klar zutage; ich will auf keine Tränen vergießen — nicht Tränen können den Flüchtlinge helfen; ich will nur meine eigene Erfahrung durch einige tatsächliche Angaben ergänzen. Die Tatsache, daß die Flüchtlinge nicht freigelassen werden, verhält sich folgendermaßen. Der Schlosser hat Recht: man hat sie in Empfang genommen und man muß sie abliefern. Sie werden, wie es sich erweist, nicht wie Menschen, sondern wie Güter befördert — per Frachtbrief.

Die Behörden in Samara schreiben beispielsweise einen Frachtbrief aus: „abgesandt foundsobil.“ Die Behörden in Ufa revidieren auf Grund des Frachtbriefes die Güterpaß und machen einen Vermerk: „In Empfang genommen foundsobil.“ Irrend einen Schlosser unterwegs ausfinden zu lassen, bedeutet einfach eine Unterschlagung der Ware und Nichterfüllung eines dienstlichen Auftrages.

Weßhalb ist nichts vorbereitet für den Empfang der Flüchtlinge. Ueberall ein und dasselbe. Es ist ekelhaft, von diesem „macum“ überhaupt auch nur zu sprechen. Es erweist sich, die Flüchtlinge wurden nicht ermartet. Die Flüchtlinge sind, wie Sie sehen, vom Monde gefallen. Es war schon seit langer Zeit bekannt, daß wir viele bedeutende Punkte im Gebiete des Kriegsschauplatzes zu verlassen hatten. Es war somit klar, daß Flüchtlinge sein werden. Es war somit klar, daß alle Städte hier von benachrichtigt sein mußten. Es war somit klar, daß alle informierten Städte sich zum Empfang dieser Flüchtlinge vorzubereiten hatten. Und im Resultat hat keiner irgendwelche Vorbereitungen getroffen. Es herrscht völlige Ratlosigkeit. Alle empfangen die Flüchtlinge mit erstaunter Miene: Woher hat Volk die Menge gefandt? Jetzt drängt sich die hohe Obrigkeit und die öffentlichen Organisationen um die Flüchtlinge wie bei einer Feuerbrunst. Ein Gedränge und Gekläufe, aber wenig Sinn und Zweck. Alle sind mit leeren Händen zusammengelaufen und fangen an, wo es brennt, den Schlauch zu nähen.

Ich verließ bereits den Bahnhof, als ich von der Droßke aus beobachtet wurde, wie ein Flüchtlingzug sich in Bewegung setzte. So sind die Leute auch ohne Mittag gebühen und ich weiß nicht, ob man Zeit gefunden hat, den Leichnam jener Frau mit dem bedeckten Gesicht aus dem Wagen zu entfernen. Und man hatte das Gefühl, daß dieser Zug sich auf dem Wege nach der Station „Gwießeit“ befand, auf welchem Wege auch wir alle einmal zum letzten Mal umzustiegen haben werden. Warum zwingt man aber diese Passagiere nicht, gemäß Fahrplan des Menschenschicksals umzustiegen?

2. Die Rückzahlung der Beiträge erfolgt nur für die vollen Monate des Kriegsdienstes; der für den Monat August 1914 gezahlte Beitrag kommt daher von vornherein nicht in Frage, da der erste Mobilmachungstag der 2. August 1914 war, es sich also nicht um einen vollen Monat des Kriegsdienstes handelt.

3. Der Antrag auf Rückzahlung ist von dem Arbeitgeber, der die Beiträge gezahlt hat, an das Direktorat der A. f. A. in Berlin-Willmersdorf, Höhenpflanzbaum 109/5, postfrei zu richten. Die Versicherer selbst können solche Rückzahlungsanträge nicht stellen, es handelt sich denn um freiwillig Versicherer.

4. In dem Rückzahlungsantrag sind Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtsort der in Frage kommenden Versicherer, die vollen Kriegsdienstmonate, für die auf das Konto des einzelnen Versicherer Beiträge gezahlt worden sind, diese Beiträge selbst und ihre Zahlungstage im einzelnen genau anzugeben.

5. Da die Militärpässe sich während des Krieges in den Händen der Militärbehörden befinden, so werden die Anträge auf Rückzahlung der in Betracht kommenden Beiträge ausnahmslos erst nach Beendigung der Kriegsdienstleistung, in der Regel also nach Ablauf des Krieges zu stellen sein. Anträge ohne beigelegte Militärpässe sind nach Nr. 1 ganz zwecklos.

Nach Prüfung und Genehmigung der Anträge erfolgt die Rückzahlung der in Frage kommenden Beiträge. Eine Verrechnung derselben mit den laufenden Beiträgen, eine Kürzung dieser ist unzulässig.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Wird die Hibernia verstaatlicht?

Wie „man“ hört, soll als Ausgleich für den Beitritt des Eisens zum Rhein-Weiß-Rohstoffkartell ihm auch der Erwerb der Gesellschaft Hibernia ermöglicht werden sein. 1902/03 hatte der Eisens die Hibernia zu kaufen, sie scheiterte aber an dem schroffen Widerstande des „Trochtruis“, einer Vereinigung von Großaktionären. Der Eisens konnte die Majorität der Aktien nicht erwerben. Jetzt soll man sich nur noch nicht über den Ankaufspreis einig sein. Eisenswürfelchen sollen die Hibernia für zwecks Begleichung ihres Wertes beschaffen werden. Billig wird der Eisens die Aktien keinesfalls bekommen.

### Beteiligungsziffern im Rheinisch-Westfälischen Kohlenkartell.

Mit dem 1. Januar 1916 tritt an die Stelle des jetzigen Syndikatsvertrages das Ubergangssyndikat von zunächst 14-jähriger Dauer. In dieses Syndikat sind mit Ausnahme der Gewerkschaften Admiraal (Südde) und Ulfhausen (Sachsen) sämtliche Zechen des Ruhrgebietes, darunter auch diejenigen des Eisens aufgenommen worden, so daß die Gesamtbeteiligungsziffer gegenüber dem laufenden Syndikatsvertrag eine nicht unmerkliche Erhöhung erfahren hat. Für die einzelnen Zechen ergeben sich vom 1. Januar 1916 die folgenden Verkaufsbeteiligungen:

Zechen	Rohlen	Roth	Brittisch	Verbrauchsbeteiligung
Abler	875 000	—	225 000	—
Aplerbeck (Margarete)	850 000	—	100 000	—
Auenberg	2 248 000	687 250	—	—
Auenberg-Fortsetzung	700 000	250 000	—	—
Magnit-Viktoria	900 000	325 000	—	800 000
Wamey-Bittere	1 885 300	381 040	72 000	1 040 000
Blasewitz	175 000	—	100 000	—
Hausen Bergwerks u. G.	500 000	200 000	—	—
Bochumer Verein	603 400	4 000	154 100	702 400
Borussia und Döpel	350 000	100 000	72 000	—
Dräcker	700 000	—	—	—
Eubenus	580 000	195 000	72 000	170 000
Caroline	240 000	—	65 000	—
Carolus Magnus	354 000	100 000	—	—
Concordia	1 200 000	100 000	—	600 000
Consolidation	1 951 800	515 400	—	—
Constatin der Große	2 782 800	1 200 200	233 350	—
Dahlbusch	1 210 000	183 000	—	—
Deutscher Kaiser	1 650 000	35 000	—	2 728 000
Deutsch-Rugenburg	1 635 500	858 700	710 560	2 081 300
Diergardt	750 000	—	—	—
Dörfel	840 000	388 580	—	—
Emscher-Lippe	1 000 000	800 000	—	200 000
Eisenersteinkohlenbergwerk	2 325 900	—	811 000	—
Embal	2 448 000	300 000	—	—
F. Vogel u. Ueberhoff	925 000	300 000	—	—
Friedrich Krupp	775 400	—	—	2 892 700
Friedrich der Große	1 180 000	503 500	—	—
Friedrich Ernestine	478 500	99 280	—	—
Friedrich Heinrich	1 200 000	450 000	—	—
Friedrich Morgenstern	551 000	142 000	180 000	—
Fürst Leopold	600 000	—	—	—
Gelsenf. Bergw. G.	9 095 700	1 828 808	218 800	2 085 000
Georgs-Marienhütte	800 000	100 000	—	470 100
Gotteslegen	240 000	—	65 000	—
Graf Beust	598 000	66 700	—	—
Graf Bismarck	2 326 800	300 000	—	—
Graf Schwerin	638 500	242 800	—	—
Gutehoffnungshütte	2 116 600	40 000	218 000	1 685 200
ver. Hammerthal	75 000	—	—	—
Harpen Bergbauef.	7 788 300	2 050 000	417 800	—
Heinrich	300 000	—	—	—
Helm und Almalie	1 015 000	357 800	72 000	—
Hermann	700 000	300 000	—	—
Hibernia	5 813 500	1 512 800	68 350	—
Hoesch	530 000	120 000	—	905 400
Jacobi	700 000	—	—	—
Johann Deimelsberg	431 000	—	180 000	—
Johanneslegen	180 000	—	30 000	—
Klein-Neuhausen	1 971 800	558 540	—	—
König Ludwig	1 484 300	593 050	—	—
König Wilhelm	1 188 100	543 387	—	—
Königin Elisabeth	1 300 300	400 000	218 000	200 000
Kst. Bergw. Reddinghausen	5 560 000	2 000 000	—	—
Königsborn	1 124 800	413 900	—	—
Kauzenbrunn	726 700	—	—	—
Lohberg	700 000	—	—	—
Lothringen	1 214 800	413 900	—	—
Magdeburger Bergw.	580 000	—	—	400 000
Mansfeld	367 200	—	—	—
Matthias Stinnes	1 749 000	248 195	—	—
Minister Achenbach	600 000	20 000	—	000 000
Mont Genis	995 000	200 000	—	—
Mülheimer Bergwerks-Ver.	1 330 000	95 000	364 900	—
Neumühl	1 650 000	553 300	—	—
Neuschäpfer und Gohseisen	210 000	—	81 100	—
Niederrhein	3 120 000	762 640	71 280	2 478 400
Rhein	700 000	—	—	—
Rheinische Stahlwerke	515 000	100 000	144 000	1 100 200
Rheinpreußen	3 000 000	795 000	—	—
Sachsen	400 000	—	—	—
Siebenplänen	337 600	61 000	182 368	—
Schürbank und Charlottenb.	250 000	—	80 000	—
Seitoburg	600 000	—	—	—
Ver. Trappe	100 000	—	—	—
Frier	1 500 000	410 000	—	—
Unser Fritz	820 000	200 000	—	—
Viktoria	300 000	—	180 000	—
Viktoria-Lünen	750 000	300 000	—	—
Viktoria Matthias	668 000	145 000	—	—
ver. Wolfheim	700 000	200 000	—	—
de Wendel	466 666	46 666	—	233 334
Westfalen	700 000	250 000	—	—
Wilhelma Merwißen	300 000	—	72 000	—
Zollverein	1 950 200	540 000	—	—

Gesamtbeteiligung So. 108 729 283 | 25 170 816 | 5 419 210 | 21 242 984  
 Von diesen 85 Zechen gehörten dem Syndikat bisher nicht an (teilweise fanden sie indessen mit ihm in einem Verkaufsabkommen):  
 Auenberg-Fortsetzung, Abler, Auguste Viktoria, Dracker, Diergardt, Friedrich Heinrich, Hermann, die Kgl. Bergwerksdirektion in Redding-

hausen, Emscher-Lippe, Fürst Leopold, Lohberg, Rhein I, Sachsen, Freie Vogel und Ueberhoff, Teutoburgia, Fürst Leopold, Ver. Wilhelm, Frier, Westfalen und Wilhelmine Westfalen. Als Gültengeden, d. h. Zechen, die neben der Ubfaf. auch noch über eine Verbrauchs-beteiligung verfügen, sind neu hinzugekommen: Auguste Viktoria (Münlin-Kongern), Ueberhoffe Eisenwerke infolge der Vereinigung der Interessengemeinschaft mit den Bombacher Gültengeden, Emscher-Lippe für Krupp und den Norddeutschen Lloyd, Königin Elisabeth, deren Augenmehrsheit bekanntlich die Mannesmannschenwerke übergegangen ist. Minister Achenbach als Gültengede für die Eisenwerke Gebrüder Stumm und die Zeche de Wendel, die als Gültengede für die de Wendel'schen Gültengeden anzusehen ist.

### Die Erhöhung der Kohlenpreise

gemäß der Zustimmung des Reichstags zu der Herabsetzung des Reichs-Kohlenpreises ist nun vom Reichsinstitut vorgekommen worden. Vom 1. Oktober ab erhöhte es die Preise für Kainit um 18 bis 22,50 Mk. für Kalidüngesalze um 60 bis 63 Mk. für 10 Tonnen je nach Gehalt der Ware. Im Durchschnitt beträgt die Erhöhung 1 1/2 Pfennig für das Kilogramm reines Kali. — Wir erwarten nun aber auch bestimmt, daß auf jenen Kohlenwerken, wo es noch nicht geschehen ist, die Arbeiterlöhne erhöht werden.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Ein Redeverbot?

Wir lesen in der Tagespresse, „am Niederrhein“ sei polizeilicherseits einer Anzahl Personen, die zur „Lieblichkeits-Gruppe“ zu rechnen seien, das Reden in Versammlungen verboten worden. Dieses Rede-verbot richtete sich „nicht gegen die sozialdemokratische Partei“, sondern nur gegen die „Lieblichkeits-Gruppe“. (An diese Werbung knüpft die „Leipziger Volkszeitung“ die nicht sehr hohe Bemerkung, nur habe „der sozialdemokratische Parteivorstand“ und „die Generalkommission der Gewerkschaften“ eine neue Hilfe gegen die „Opposition“ bekommen. Wir hängen diese Leistung einfach niedriger.) Uns ist von einem Rede-verbot gegen Anhänger der „Lieblichkeits-Gruppe“ am Niederrhein noch nichts bekannt geworden. Wohl aber wissen wir, daß seit Kriegsbeginn in bestimmten Polizeibezirken des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes bei der nun vorchristlichsmäßig Versammlungsammen- lung unseres Erachtens überpeinliche Anweisungen über Form und Inhalt des anzuhaltenden Redens gegeben werden. Das geschieht aber auch gegenüber Rednern vom Bergarbeiterverband, von denen unbekannt ist, daß sie nicht zur sogenannten „Lieblichkeits-Gruppe“ gehören. Vielleicht betrifft auch die Werbung, es sei ein Rede-verbot ergangen, jene Anweisungen, so daß also kein glattes Rede-verbot, sondern eine Einschränkung bestimmter Erörterungen (Kriegsziel, Friedensschluß usw.) vorläge. Ein glattes Rede-verbot erscheint uns ausgeschlossen, wenn wir an gewisse, nachträglich gebräuchlich vorbereitete Versammlungsreden von Persönlichkeiten, die etwa den Standpunkt der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vertreten und an die immer ungenierter auftretende Propaganda eben dieser Zeitung für weitreichende Anweisungen denken. Den Beschränkungen, die der Versammlungs- und Agitationsfähigkeit des Bergarbeiterverbandes auferlegt wurden, unterliegen übrigens auch die anderen ge- werkschaftlichen Organisationen der Vergleute, was wir um der Gerechtigkeit willen sagen müssen. Sollte jedoch die Werbung von dem Rede-verbot zutreffen, so halten wir es für eine Selbstverständlichkeit, daß dann auch die andere Seite ihre Polemik einstellt, bis die Zeit der freien Erörterung der Differenzpunkte wieder gekommen ist. Wir wenigstens, die wir die Auffassung der „Lieblichkeits-Gruppe“ — deren tatsächliche Bedeutung übrigens weit über- schätzt wird — als falsch verwerfen, wir würden nicht gegen einen Gegner polemisieren, dem die Antwort unterbunden ist. Bei dieser Gelegenheit sei auch eine Mithildigkeit angebracht. In der Tages- presse ist vielfach von Differenzen der sozialdemokratischen Presse im Bezirk des 7. Armeekorps mit der Zensurbehörde berichtet worden. Unter anderem brachte die „Nationalliberale Korrespondenz“ einen Artikel, der den kritisierten Zensur gegen „nationalliberale Einseitigkeit“ in Schutz nimmt und dazu sagt, die „sozialdemokratische Berg- arbeiter-Zeitung“ sei mit der Zensur „zufrieden“. Zunächst sei der „N. A.“ gesagt, daß die „Bergarb.-Ztg.“ kein partei- politisches Blatt, sondern eine Gewerkschafts- zeitung ist! Infolgedessen können wir schon mit der Zensur parteipolitische Publikation nichts zu tun haben. Woher kennt jedoch die „N. A.“ die „Zufriedenheit“ der „Bergarbeiter-Ztg.“? Wer ist überhaupt mit der Zensur „zufrieden“? Wir glauben, nicht einmal der Zensur selbst. Unseres Erachtens hat er sich viel zu besorgt gegen die Kritik wirtschaftspolitischer Mithildigkeiten verhalten, viel zu besorgt, weil die Volkseinstimmigkeit nur gefestigt werden kann, wenn die Presse freimütig der Mithildigung des Volkes preiswert über die Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen seitens der Werksbesitzerverbände, zu geringe Löhne und über die standhafte Lebensmittelerhöhung Ausdruck gibt. Es war gerade ein Vertreter der „Bergarbeiter-Zeitung“, der sich in der rhein-westfäl. Pressekonferenz im Weissen der Zensurbehörde entgegen die überängstliche Beanstandung dieser Pressekritik wandte.

### Sie bleiben die Alten!

Nämlich die Leute an und um der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“. Dieses Blatt läßt sich am 5. September „von geschädigter Seite“ zu den Fragen der Arbeitsvermittlung schreiben:  
 „Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeberchaft ab- weisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsen- tanten der Sozialdemokratie, und sie leben meist nur von der Agi- tation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus der Tasche ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Hinzuziehung solcher Leute aus Unkenntnis des Willens und der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten.“

In der ersten Kriegszeit lang es aus der „Arbeitgeberzeitung“ anders heraus. So veröffentlichte Herr von Reischwitz in der Nr. 35 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vom 30. August 1914 einen Aufsatz, betitelt: „Zusammenarbeit wie heute!“, worin es u. a. heißt:

„Der Krieg ist ein gar gestrenger Lehrmeister. Instatthafte Selbstüberhebung wäre es, wollten wir bei allem Stolz auf die Vor- züge unseres Stammes, wie sie durch die Ereignisse der letzten vier Wochen ins hellste Licht gerückt wurden, ableugnen, daß der natür- liche Widerstreit der Anschauungen und Interessen auch bei uns so manche unliebsame Erscheinungen zu zeitigen vermochte, deren Er- innerung wir jetzt recht gern missen würden. Doch wir dürfen uns trösten: der Most hat das edle Metall trotz allem so wenig anzu- greifen vermocht, daß die auf die innere Uneinigkeit Deutschlands gefesteten Hoffnungen der Gegner wie Spreu vor dem Winde zer- streut sind. Voller Ingrimm mußte selbst die von altersher deutsch- feindlich gefärbte Londoner „Times“ feststellen, daß die Erwar- tungen der englischen Kriegspartei, in dem Entzweiten innerpolitischen Wirren auf deutscher Seite einen starken Bundesgenossen zu finden, als gescheitert zu gelten haben. Die Größe der Zeit fand in der Tat „ein großes Geschlecht“. Schon heute aber gilt es, voraus- schauend Sorge zu tragen, daß das, was an der Vergangenheit nicht lobenswert war, in der weiteren Zukunft am Wiederaufleben verhindert wird. Der Dankspflicht gegenüber unseren auf dem Felde der Ehre verbliebenen Brüdern werden wir am ehesten da- durch gerecht werden können, daß wir ihnen und drüben dem festen Entschluß nachsehen, dem aus so harter Zeit erblühenden Einheits- bewußtsein auch über den hoffentlich nicht allzu fernem Augenblick hinaus Dauer zu verleihen, da ein für unser Volk ruhmvoller Friede den Anbruch einer neuen Epoche des deutschen Kulturaufstiegs ein- leitet!“

Wir bemerken dazu in Nr. 37 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 12. September 1914:

„Herr von Reischwitz, der Sekretär eines großen Unternehmer- verbandes, ist in der deutschen Arbeiterwelt bekannt als einer der schärfsten Gegner der Anerkennung unserer Gewerkschaften seitens der Werksbesitzer. Wenn in Zukunft der Verkehr der Gewerkschafts- vertreter mit den Werksbesitzern sich auf dem Boden gegen- seitiger Achtung vollziehen soll, dann wird nicht zuletzt Herr von

Reischwitz und seine „Arbeitgeberzeitung“ eine Wandlung gegenüber den niedrigen Arbeiterorganisationen vollziehen müssen. Wird die Stimmung, aus der Herr von Reischwitz seinen Artikel geschrieben hat, bei ihm anhalten?“

Die Stimmung, aus der heraus Herr von Reischwitz seinen Artikel schrieb, hat leider nicht lange angehalten. Die organisierte Arbeiter- schaft aber hat während des Krieges nichts getan, was die Erneuerung der Schärpmacher durch genanntes Blatt rechtfertigen könnte. Wer nach dem Kriege wieder wie vor dem Kriege im rücksichtslosesten Klassen- kampfe machen will, das geht aus dem Unternehmerblatt deutlich hervor.

### Eine Gewerkschaftskonferenz des Transportarbeiterverbandes

nahm nachstehende Erklärung an:  
 Die am 19. und 20. September 1915 in Berlin tagende Kon- ferenz von Vertretern der Bau- und Ortsverbände des Deutschen Transportarbeiterverbandes hält die von der Mehrheit der sozialdemo- kratischen Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges eingenommene Stellung für die auch im Interesse der deutschen Gewerkschaften allein richtige.

Die Konferenz schließt sich den von der Generalkommission der Gewerkschaften und der Konferenz von Vertretern der Verbands- vorstände gegen das organisationschädliche Treiben einiger Sonder- bündler gerichteten Erklärung vollständig an. Auch sie erklart in diesen Verträgen unterantwärtlicher Quertreiber, Verpöterung und Uneinigkeit in die Organisation zu tragen, eine große Gefahr für das erfolgreiche Wirken der Arbeiterschaft auf politischem und wirt- schaftlichem Gebiete.

Die Konferenz macht es deshalb allen Verbandsfunktionären zur unbedingten Pflicht, jedem Versuche, derartige organisationszerstörende Bestrebungen in unseren Verband hineinzutragen, mit aller Ent- schiedenheit entgegenzutreten.

## Internationale Rundschau.

### Ein Mitbegründer der Bergarbeiterinternationale gestorben.

James Keir Hardy, einer der ältesten Organisatoren der schottischen Kohlenbergleute, Mitbegründer der Bergarbeiterinternationale und der Independent Labour Party (unabhängige Arbeiter- partei) und Parlamentsvertreter des südbritischen Bergarbeiterbezirks North Ayrshire ist am 28. September nach schwerer Krankheit in Glasgow gestorben. In ihm verliert die britische Arbeiter- schaft einen unermüdlichen, tapferen Kämpfer und Vorkämpfer, ber- lichen die Friedensstreife in allen Ländern einen unerschrockenen Kämpfer der Weltkriegerpolitik.

Im Jahre 1858 im schottischen Lanarkshire geboren, mußte er schon als Achtjähriger das Los des Bergarbeiters kennen lernen; da- mals lernte die britische Bergarbeiterchaft noch, nur ganz wenig organisieren, unter dem äußersten kapitalistischen Druck. Keir Hardy gehörte mit zu den Pionieren der schottischen Bergarbeiterorgani- sation, darum auch zu den Vorkämpfern und Weisheitsvollen. Als Dreißigjähriger kam er 1879 auf die „schwarze Liste“ der schottischen Bergwerksbesitzer. Seine Kameraden stellten den Gemah- rigkeiten als beständiger Gewerkschaftssekretär an. Lerneisrig und er- füllt von dem Bestreben, der Arbeiterklasse ein besseres Dasein zu ver- schaffen, studierte Keir Hardy, dessen Schulbildung eine nur sehr dürftige sein konnte, die Schriften der Sozialisten und sozialistischen Reformen, wurde nun Sozialist und Journalist. 1885 wählte ihn die Bergarbeiterunion der Grafschaft Ayrshire, wo er besonders tüchtig gewirkt hatte, zum Präsidenten. 1892 wurde er von Südwaleshaupt in das Parlament gewählt als unabhängiger sozialistischer Arbeiter- vertreter. Von 1887 bis 1895 war er ständiger Vertreter der schotti- schen Bergarbeiter auf den britischen Gewerkschaftskongressen, wo er sich bemühte, seine Ueberzeugung, daß mit der reinengewerkschaft- lichen Organisation allein nicht, sondern durch ihre Verbindung mit politisch-parlamentarischer Tätigkeit die Arbeiterforderungen bewirkt werden könnten, zur allgemeinen Anerkennung zu verhelfen. Da- bei hatte er, der temperamentvolle Redner und kampfscheue Kritiker, manchen harthen Strich mit den Vertretern des altenglisch-konservativen Bergwerksbesitzertums. Keir Hardys gewerkschaftliche und politisch- parlamentarische Propaganda fand in der 1889 aus der Vereinigung zunächst der mittelenglischen und dann der schottischen Grafschafts- verbände entstandenen „Miners Federation of Great Britain“ (Bergarbeiterbund von Großbritannien, dem heute alle britischen Grafschaftsverbände der Bergleute angehören) fruchtbarem Boden. Auf dem am 20. Mai 1890 in Folmont (Belgien) abgehaltenen 1. internationalen Bergarbeiter- kongress erschien auch Keir Hardy als Delegierter der schottischen Bergleute. Eifrig beteiligte er sich an den Debatten über die Verwirklichung der Bergarbeiterforderungen (Acht- stundentag, Minimallohn usw.) und an den Beratungen über die beste Art der internationalen Verständigung zwischen den Bergleuten aller Länder. Kennzeichnend für den sprudelnden Kampfesmut Keir Hardys ist, daß er schon in Folmont beantragte, einen internatio- nalen Streik zu proklamieren, wenn bis zum 1. Mai 1891 der Achtstundentag nicht eingeführt sei! Natürlich war das unausführbar, aber der Antrag ist bezeichnend für den Stürmer und Dränger Keir Hardy. Er war es auch, der auf späteren Sozialisten- und Gewerkschaftskongressen meist mit romanischen Dele- gierten den Weltstreik im Falle eines Krieges empfahl. Er hat 1914 erleben müssen, daß in England, das von keinem feind- lichen Angriff bedroht war, die starfororganisierte Arbeiterschaft nicht nur keinen Kriegsdienstverweigerer unternahm, sondern sich sogar von der Kriegsherkunft so gut wie völlig mitziehen ließ. Keir Hardy und sein Mitstreiter Ramsay MacDonald haben zwar im Par- lament die Regierung wegen ihrer von keiner Notlage diktierten Kriegspolitik, wegen ihrer geheimen Abmachungen mit Frankreich und Rußland scharf getadelt und Verhinderung der Neutralität ge- fordert, aber wir wissen ja, daß die Friedensbestrebungen der beiden Vertreter der unabhängigen Arbeiterpartei gegen die Kriegshetze nicht aufkommen konnten. Das wird Keir Hardy, dem überzeugten Friede- streifen und leidenschaftlichen Befürworter internationaler Völker- verständigung sicher hart ans Herz gegriffen und seinen Tod bedauern- lich haben. Der Verstorbene war kein Sozialdemokrat im Sinne der so- genannten „Rabifalen“, sondern mußte zu den allerdings entscheidenden sozialistischen Reformen gezählt werden. Bezeichnend für die britischen politischen Parteiverhältnisse ist auch, daß sich Keir Hardy auf einem Kongress als Christ bekannte, derselbe Mann, dessen kampfscheues Temperament ihn in die horderten Reihen der Befürworter auch des politischen Massenstreiks stellte. Wir haben in Großbritannien nicht wenige rabifale Reformsozialisten und Gewerkschaftskämpfer, die nebenbei, in ihren Freistunden, als Prediger in religiösen Gemeinschaften, a. T. Sekteln auftreten. Namentlich ist das in Südwales der Fall, wo die Arbeiterbevölkerung allgemein als religiös und doch sehr kampflustig bekannt ist. Der Tod Keir Hardys gerade jetzt ist ein schwerer Verlust für alle Freunde fried- licher Völkerverständigung. Nicht zuletzt haben die Bergarbeiter in allen Ländern besondere Veranlassung, das Hinscheiden dieses verdienstvollen Kameraden zu betrauern.

## Rauspruchliches.

### Krankengeldhaltung bei Unfall.

Nach § 25 des Gewerbe-Unfallversicherungsgegesetzes konnten die Krankentagen bei Betriebsunfällen für das nach der 13. Woche gezahlte Krankengeld Ersatz aus der Unfallrente bis zum Betrage von drei halben Monatsrenten beanspruchen. Die Krankengeldversicherung waren sogar herabgesetzt, Ersatzung des vollen, nach der 13. Woche gezahlten Krankengeldes zu fordern, wenn der Verletzte aus Unfall des Unfalls zugleich knappschaftlich invalidiert worden war. Die Erklärung des Krankengeldes konnte nicht nur für diejenige Zeit gefordert werden, während der Krankengeld und Unfallrente zusammenfielen, sondern auch noch aus später fällig werdenden Unfallrenten.

Dieser Rechtszustand, nach dem auch bis jetzt noch immer ver- fahren worden ist, hat nach einer kürzlich veröffentlichten „Grund- sätzlichen Entscheidung“ des Reichsversicherungsamts durch die Reichs- versicherungsobernung eine Abänderung zugunsten der Unfallverletzten erfahren. (Amtliche Nachrichten, Jahrg. 1915, S. 616, Ziffer 2063.) Die Krankentagen, wozu auch die Knappschaftsrenten gehören, sind nach dieser Entscheidung nicht mehr berechtigt, Ersatz des Kranken- geldes in dem bisherigen Umfang zu beanspruchen. Jetzt kann viel- mehr allgemein, d. h. nicht nur bei Bergarbeitern, sondern überhaupt,

für das Krankengeld nur diejenige halbe Unfallrente in Anspruch genommen werden, die auf den gleichen Zeitraum entfällt...

Um die neue Sachlage allgemein verständlich zu machen, geben wir nachstehend ein erläuterndes Beispiel: Wenn ein Verletzter, der aus Anlaß des Unfalls knappschaftlich invalidisiert worden ist...

Den nach dem 1. Oktober 1912 durch Unfall verletzten Mitgliedern des Allg. Knappschaftsvereins und anderen verletzten Arbeitern wird in ihrem eigenen Interesse anheimgegeben, ihre Unfallpapiere in Mit-

Gleichstellung der österreichischen und deutschen Knappschaftsmitglieder.

Die „Wiener Zeitung“ vom 26. September veröffentlichte eine Kaiserliche Verordnung vom 16. September 1915 betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Knappschaftsgesetzes vom 18. Juli 1889 auf die Knappschaftsmitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegsdienstleistungen...

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Wonnitz. Ein Uebelstand herrscht bei der Böhnung auf dieser Sehe. Die Ausböhnung für sämtliche Schächte erfolgt auf dem Hauptschacht. Die Belegschaft z. B. von Schacht IV hat nach beendeter Schicht einen Weg von 20-25 Minuten zurückzulegen...

Königreich Sachsen.

Kaiserin Augusta-Schacht. Hier wird Sonnabends in der Früh- schicht 12stündig gefahren und beteiligt sich daran reichlich die Hälfte der Mannschaft. Die anderen begeben sich zur regelrechten Ausfahrts- zeit auf das Hülfort, müssen aber stets die Wahrnehmung machen...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schlagwetterexplosion auf Sehe Holland.

Auf Sehe Holland (Schacht III und IV) in Mattenscheid ereignete sich am 29. September eine Schlagwetterexplosion, wodurch 2 Mann sofort getötet und 25 zum Teil schwer verletzt wurden.

Das Unglück geschah morgens gegen 8 Uhr auf der 7. Sohle im Flöz August oder Ernestine, wie angenommen wird, durch Abbau eines Sprengschiffes, der die Schlagwetter entzündete.

„Sie leben und hören nichts.“

In dem gelben „Werkverein“, der unentwegt seine Schimpfereien auf die „Streitgewerkschaften“ fortsetzt (ist der Redaktion des „Werkvereins“ ein gewisses Mißbehagen über die Agitation bei den Sicherheitsmännerwahlen nicht zu verkennen gekommen?), lesen wir folgendes über die moralischen Wirkungen des Krieges:

„Auch die Not dieses gewaltigen Krieges wird uns zum Gegen werden. Wir tranken bereits an Anzeichen verfallender Kultur. Die Kriegsnot hat uns wieder aus Oberflächlichkeit, Genußsucht und düsterer Selbstsucht heraus und stellte uns auf die Höhe der Opferwilligkeit, Genügsamkeit und Kapazität; das deutsche Gemüt wurde wieder nach und nach durch den Krieg wieder zu demselben gegen eine Welt von Mißgunst, Verleumdung und Niedertracht aller Art. Jetzt fühlen wir, daß diese Kriegskatastrophe ein Ausbruch innerer Notwendigkeit ist und daß die Vernichtungswahnsinn unserer Feinde gerade das Gegenteil von dem bewirken werden, was man erwartet: wir werden innerlich und äußerlich gekräftigt aus diesem Ringen hervorgehen. Wir werden viele, viele blühende Menschenleben zu beklagen, viel Hilfe zu leisten und viel Not zu lindern haben nach diesem Kriege, wir werden viel Vernünftiges erleben und anbauen müssen, aber wir werden auch viel feuchte Seelenkraft für unsere

persönliche und völkische Entwicklung aus dieser schweren Prüfungszeit neu für uns gewinnen. Und darin gerade wird dann für uns die Gewähr liegen, große Zukunftsaufgaben von neuem erfolgreich lösen zu können.“

Recht die Redaktion des „Werkvereins“ auf dem Monde, daß sie einen solchen Symmus auf die moralischen Wirkungen dieses Krieges anstimmen kann? Ist ihr denn gar nichts zu Ohren gekommen von den bitteren Klagen und Verwünschungen über die schamlose Ausbeutung des Volkes durch den Lebensmittelwucher, die das ganze Reich durchhallen? Sieht sie nicht die gewaltigen Opfer der Gemeinwesen durch eine auch nur notdürftige Unterstützung der Rearmenden? Allerdings gibt es daneben erhebende Beweise aufopfernder Opferwilligkeit und Genügsamkeit. Wer aber näher zuseht, der wird entdecken, daß heute diese Eigenschaften nicht gerade in solchen Kreisen vorwiegend zu finden sind, die den Krieg stets als „Jungbrunnen der Völker“ gepriesen haben.

Heinrich Witthaus.

Der langjährige Vertrauensmann der Zählstelle Eichlinghofen, ist am Donnerstag, den 28. September, im Johannes-Hospital zu Dortmund infolge eines Unfalls infolge auf Sehe Dorstfeld gestorben. Obgleich erst 42 Jahre alt, gehörte er doch schon zu den Veteranen unserer Bewegung. Als im Ruhrgebiet nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 unser Verband gegründet wurde, stellte sich H. Witthaus als 18jähriger junger Mann sofort in Reih und Glied seiner Kampfgenossen, um mit diesen Schülern an Schülern den Kampf für bessere Existenzbedingungen zu führen. Seit vielen Jahren stand er im Vorderreihen der Arbeiterbewegung, mehr als zehn Jahre bekleidete er den Posten als Vertrauensmann der Zählstelle Eichlinghofen. Die überaus zahlreiche Begräbnisbeteiligung legte Zeugnis dafür ab, daß Witthaus der Eichlinghofener Bergarbeiterschaft stets ein guter Berater und Führer gewesen ist. Der Verstorbene, der auch mehrere Jahre das Amt eines Gemeindevorstehers befehligte, soll uns stets ein Vorbild sein in der Treue und Festigkeit zur Organisation. Damit ehren wir das Andenken des viel zu früh Dahingegangenen am besten.

Dietrich Huet.

Am 27. September starb in Herne unser Verbandskamerad Dietrich Huet im Alter von 68 Jahren und 10 Monaten. Er gehörte zur alten Garde unserer Bewegung. Als nach dem großen Bergarbeiterstreik 1889 die Arbeiterbewegung auch im Ruhrgebiet fester Fuß faßte, war er einer der ersten, die sich anschlossen. Seitdem hat er stets für unsere Bewegung gekämpft und gestritten, wie es die Verhältnisse erforderten. Die scharfen Verfolgungen der Ober Jahre vermochten nicht, ihn auch nur einen Augenblick wankend zu machen. Ueberall stand er seinen Mann, wo es notat. Schon früher ehrten ihn seine Kameraden dadurch, daß sie ihn mit dem Amt eines Knappschaftsältesten betrauten. Wiederholt wurde er auch zu den Generalversammlungen unseres Verbandes delegiert. Dem letzten Gewerkschaftskongress in München wohnte er noch als Delegierter bei. So war er rastlos im Dienste der Arbeiterbewegung tätig, bis ihn ein Halsleiden auf das Krankenlager warf, von dem er sich nicht wieder erheben sollte. Nun ruht er aus von allen Kämpfen und Sorgen. Die Arbeiterbewegung aber, für die er stets mutig gekämpft und gestritten, wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Sicherheitsmännerwahl auf Sehe Hamburg.

Am 12. Oktober, vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, finden für die Revieren I, II, V, VI und IX Sicherheitsmännerwahlen statt. Die Wählerlisten liegen vom 26. September bis zum 9. Oktober auf der Marktkontrolle der Sehe auf. Jeder Kamerad der vorgenannten Reviere muß während dieser Zeit seine Eintragung in die Wählerlisten bewirken, weil er sonst am Wahltag nicht wählen kann. Wer aber nicht wählt, gibt wichtige Interessen der Bergarbeiter preis. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt gemeinsam vom Bergarbeiterverband und vom christlichen Gewerksverein. Nur diese Kandidaten dürfen gewählt werden.

Sicherheitsmännerwahlen auf Sehe Bruchstraße.

Vom 8. bis 17. Oktober liegen auf Sehe Bruchstraße die Wählerlisten für die Sicherheitsmännerwahlen zur Einsicht offen. Wahlberechtigt sind alle über 21 Jahre alten Belegschaftsmitglieder, die mindestens ein Jahr auf Bruchstraße gearbeitet haben und deren Name in der Wählerliste steht. Jeder Wahlberechtigte muß sich darum überzeugen, ob sein Name in der Wählerliste steht, und wenn das nicht der Fall ist, die Eintragung beantragen.

Sozialdemokratischer Burgfriede.

Unter dieser Ueberschrift bringt der gelbe „Werkverein“ (Nr. 39 vom 25. September) eine wenig burgfriedliche Notiz, worin gesagt wird, daß den Sozialdemokraten mit Recht im Kölner Stadtparlament kein Sitz seitens der bürgerlichen Parteien eingeräumt worden sei. Die Stadt Köln könne nicht nur im Frieden, sondern auch im Kriege ganz gut ohne sozialdemokratische Mitglieder auskommen. Eine liberale Anregung, den Sozialdemokraten auf Zentrumskosten ein Mandat zu überlassen, habe das Zentrum glatt abgelehnt. Selbstverständlich findet dieses Verhalten den Beifall des „Werkvereins“. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“, welches dieses Verhalten kritisiert hatte, wird wie folgt angefaßt:

„Uebrigens muß man dem Kölner Zentrum allein deshalb beipflichten, weil Leute, die heute noch einen solchen Unfoll am Leibe haben, wie die Mannen der „Rheinischen Zeitung“, tatsächlich nicht in ein Stadtparlament gehören. Das ist die Wahrung des Burgfriedens in aller Form.“

Wie ganz anders ist das Verhalten der Sozialdemokraten. Nach einem Telegramm der „Vossischen Zeitung“ Ende Juni d. J. empfahl der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ullrich in der Stadtverordnetenversammlung zu Offenbach die Einführung von Bezirks- wahlen, damit nicht die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien ausgeschlossen werde, wenn die Sozialdemokraten die ganze Stadtverwaltung in die Hand bekämen, was unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ziemlich wahrscheinlich sei. Der Oberbürgermeister jagte eine entsprechende Vorlage zu. Man vergesse hiermit die Haltung anderer Parteien, die in Stadtvertretungen und Landesparlamenten die Mehrheit haben, die aber an einem Wahlrecht nicht rühren lassen, das ihre Gegner ausschließt oder zur Ohnmacht verurteilt. Eine Aenderung des Wahlsystems kam bei der erwähnten Stadtverordnetenwahl in Köln gar nicht mit in Betracht, es handelte sich nur um den guten Willen der bürgerlichen Parteien. Auf die weitere Anrempelung des „Werkvereins“, daß der Bergarbeiterverband sich mit den anderen Bergarbeiterorganisationen bei den jetzigen Sicherheitsmännerwahlen verbündet habe, um die Wahlen an die Wand zu drücken, gehen wir hier nicht näher ein. Nach Beendigung der Sicherheitsmännerwahlen werden wir ja sehen, ob die Werkvereinsfrage mit einer zusammen- gewürfelten Stimmenmehrheit sich totschlagen läßt oder nicht.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 41. Woche (vom 3. bis 9. Oktober 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Anrechnung der Kriegsdienstzeit.

Der Gesamtvorstand beschloß, unserer nächsten Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, daß die Militär- und Kriegsdienstzeit bei uns als Beitragszeit angerechnet werden soll, wenn der Militär- und Kriegsdienst anschließend an unsere Mitgliedszeit fällt und das Mitglied binnen zwei Monaten nach der Rückkehr dem Verbande wieder beitrifft. Wir weisen alle Mitglieder auf diese Vergünstigung hin und hoffen bestimmt, daß von der Generalversammlung der dahingehende Antrag angenommen wird. Er lautet:

Der § 36 unseres Statuts ist wie folgt zu ändern: 1. Während der Militär- und Kriegsdienstzeit der Mitglieder ruhen die Rechte und Pflichten insoweit, als für diese Zeiten wieder Beiträge zu zahlen sind noch die statutarischen Unterstützungen be-

anspruch werden können. Wer nach Rückkehr aus diesen Diensten binnen zwei Monaten wieder dem Verbande beitrifft und seine Beiträge von der Entlassung ab nachzahlt, dem werden die Kriegs- und Militärdienstzeiten als Beitragswochen in jener Beitragsliste angerechnet, in welcher er bis zu seiner Einziehung Beiträge zahlte. 2. Für die Zeit von Inhaftierungen ruhen die Rechte und Pflichten ebenfalls. Es findet aber eine Anrechnung solcher Zeiten, mit Ausnahme der Fälle in Absatz 8, nicht statt. 3. Alle Fassungen.

Der Gesamtvorstand.

Kriegs-Unterstützung.

Auf mehrere Anfragen hiene zur Nachricht, daß die Kriegsunterstützung auch an die Angehörigen unserer Mitglieder gedacht wird, die in den letzten Monaten einberufen wurden und noch einberufen werden. Die Kriegsunterstützung wird, wenn das Mitglied 3 Monate im Kriegs- dienst steht, ausgezahlt, so daß die Angehörigen der Kameraden, die im Juli einberufen wurden, im Oktober in den Besitz der Unterstützung gelangen; für August wird im November ausgezahlt usw. — Um Best- mahlungen vorzulegen, weisen wir noch darauf hin, daß die Höhe der Unterstützung veränderbar ist und sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Kinderzahl der Einberufenen richtet. Wir möchten noch darauf aufmerksam machen, daß bei Einziehung zum Heeresdienste nicht nur die Mitgliedsbücher der verheirateten Kameraden, sondern auch die der Ledigen einzusenden sind, da die Dauer der Dienstzeit in den Büchern vermerkt werden muß.

Rechtsschutz betreffend.

Geistlichen. Den Kameraden zur Nachricht, daß das Arbeitersekretariat in Gelsenkirchen, Luisenstraße 68, nun jetzt ab nur an den ersten drei Tagen der Woche: Montag, Dienstag und Mittwoch in der bisher üblichen Weise geöffnet ist u. nur an diesen Tagen Rechts- schutz erteilt wird. — Die Sprechstunde in Wattenfeld findet wieder jeden Donnerstag, nachmittags von 3-5 Uhr, beim Wirt Braun- kämpfer statt.

Sandham. Um die Mitglieder vor unnötigen Zeit- und Geldver- lusten zu bewahren, wird darauf hingewiesen, daß die Sprechstunden für Rechtsschutz nur an jedem Mittwoch abgehalten werden. Wer diesen Tag nicht einhält, hat es sich selbst zuschreiben, wenn ihm unnütze Unkosten entstehen.

Bibliotheken.

Marl. Die Bücherausgabe erfolgt jetzt beim Kameraden Max Berger, Bismarckstraße 82a, und zwar wie früher.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zählstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Dortmund V. Vom 1. bis 15. Oktober. Haarzp. Vom 1. bis 15. Oktober. Lütgendortmund. Brecht Revision durch den Bezirksleiter werden sämtliche Mitgliedsbücher bis zum 10. Oktober eingezogen. Niederbarn. Vom 15. Oktober bis 1. November.

Adressenveränderungen.

Ahlen. Die Geschäfte des 1. Vertrauensmannes führt jetzt der Kamerad Franz Thal in Ahlen, Sattelstraße 84. Altendamm. Die Geschäfte der Zählstelle führt jetzt der Kamerad August Wägener, Bochum VII, Steinkuhlfstraße 28. Börde. Der Vertrauensmann Wich. Fingerling wohnt vom 1. Oktober ab Bruchstraße 42. Dortmund. Die Wohnung des Knappschaftsältesten Friedr. Franz befindet sich vom 1. Oktober ab Niederradener Straße 118. Reithe. Der Knappschaftsälteste und Vertrauensmann Johann Rausch wohnt ab 1. Oktober Krayer Straße 20. Möblich. Die Wohnung des Kameraden Ernst Reef befindet sich jetzt Hauptstraße 74. Querenburg. Wegen Fortzugs des Kameraden Müller führt jetzt die Geschäfte des 1. Vertrauensmannes der Kamerad Bernh. Lenken, Querenburg, Post Laer, Friedrichstraße 1.

Für den Unterstiftungs fonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- a) In bar: Zählstelle Dickscheide (Bez. Mörs) 16,05, Marg- loß I (Bez. Oberhausen) 3,75, Marten (Bez. Dortmund) 80,—, Wanne (Bez. Gelsenkirchen) 10,—, Ecktrabe (Bez. Oberhausen) 5,—, Welfang (Bez. Oberhausen) 1,80, Holken (Bez. Oberhausen) 25,—, Walfum (Bez. Oberhausen) 2,—, Brambauer II (Bez. Dortmund) 100,—, Unteroffizier Karl Kaiser-Obermarlow, z. Zt. im Felde, 10,—, M. Freiwiliger Beitrag v. Knappschaftsältesten: Gujbat Weigel (Hamborn) 15,—, M. Gronoblewski (Hamborn) 15,—, Ph. Schönfelder (Hamborn) 10,—, Pieffe (Hamborn) 16,—, Karl Krause (Karnap) 50,—, M.

Sterbetafel

Im September 1915 sind folgende Mitglieder gestorben:

- August Bodefeld, Herne I. Josef Million, Bitterfeld. Paul Schmig, Felshammer. Heinrich Broer, Bochum VII. Felix Londa, Gelsora. Fr. Müßig, Beckhausen. Mich. Pinterholzer, Pöngberg. Martin Bantowski, Margloh II. Franz Kribil, Gausham. Heinrich Weber, Wina-Daaf. Wilhelm Bauer, Howege. Heinrich Wille, Dortmund. Gottfr. Grünit, Gelsenkirchen. Heinrich Brandt, Lütgendortmund. Heinrich Jffland, Berne. Karl Falud, Zabarge. Franz Banasch, Janow. Dito Fischer, Ebing III. Anton Schejbal, Suderwid. Emil Pfe, Howege. Heinrich Herbig, Marten. Ernst Müller, Gersdorf. Josef Weber, Herne. Gattfr. Ems, Gersdorf. Albert Hierath, Weitenfeld. Dietrich Huet, Herne I. Andreas Pollok, Schmitzschlowitz. Heinrich Witthaus, Eichlinghofen. Wilhelm Menges, W.-Hulthausen. Josef Krell, Katernberg. Josef Wolat, Hiesfeld. Hermann Scheeler, Verdingen. Franz März, Eichlinghofen. Wilhelm Schmik, Herne I. Josef Kolambo, Wanne. Wenzel Schnülzer, Haffel.

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

In unserem Verlag erscheint in allernächster Zeit der beliebte Bergarbeiter-Taschenkalender für das Jahr 1916.

Inhalts-Verzeichnis: Adressentafel — Welt voran! — An unsere Kameraden vom Osten — Begleitbüchlein — Winter's Werke! — Der Tod von Uelzen — Ein- kommensteuer in Preußen, Sachsen und Bayern — Ein Nachgeschicht — Gebetsprüche — Gewerkschaftslehre — Gedenkmünzen in Deutsch- land und im Auslande — Jumbo'sches — Schöne — Kriegs-Gronit — Kriegsrenten — Kriegswochenblätter-Unterstützung — Leistungen des Bergarbeiterverbandes — Schiffsfahrplan — Maße und Gewichte — Notizkalender — Osterkarte — Fortzüge der Post — Sonnen- und Mondfinsternisse — Sozialistische Presse — Weisheitsprüche — Zeitunterstützung und Höhenlagen wichtiger Plätze und verschiedenes andere sowie extra noch 32 leere Seiten für Notizen. Der glatte Uebersicht der vorjährigen Auflage ermutigt uns, trotz des Krieges auch für das Jahr 1916 den bei Bergarbeitern gut eingeführten Bergarbeiter-Taschenkalender herauszugeben. Verteilungen erbiten wir uns durch die Ortsverwaltungen. Der mit Bleistift gelieferte Kalender kostet nur 50 Pf. H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 42